

Konferenzbericht: Erdölstaaten am Golf von Guinea - Wachstumsregion oder Krisenherd? (Berlin, 5. Juni 2003)

Gukelberger, Sandrine

Veröffentlichungsversion / Published Version

Konferenzbeitrag / conference paper

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:

GIGA German Institute of Global and Area Studies

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Gukelberger, S. (2003). Konferenzbericht: Erdölstaaten am Golf von Guinea - Wachstumsregion oder Krisenherd? (Berlin, 5. Juni 2003). *Afrika Spectrum*, 38(1), 127-129. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-119624>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY-NC-ND Lizenz (Namensnennung-Nicht-kommerziell-Keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier:

<https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0/deed.de>

Terms of use:

This document is made available under a CC BY-NC-ND Licence (Attribution-Non Commercial-NoDerivatives). For more information see:

<https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0>

(Southampton), der die Rolle des Parteiensystems für die Gesellschaft einerseits und für die Regierungsbildung andererseits als zentrale Fragestellungen der Parteienforschung ansah. Bogaards relativierte die Mobilisierungsfähigkeit von Wählern entlang regionaler Kriterien und betonte demgegenüber das Eigengewicht von Wahlsystemen (bzw. deren Reform) für die Bestimmung relevanter Strategien politischer Parteien, aber auch der Entstehung von Parteiensysteme. Die Stimulierung der Entstehung multi-ethnischer Parteien sei an Wahlsysteme geknüpft (z.B. durch die nigerianische Verfassung der Dritten und Vierten Republik). Aus dieser Perspektive repräsentiere Ethnizität unter anderem nach wie vor ein Kriterium, das im Zusammenhang des jeweiligen Wahlsystems systematisch zur Parteienformation beitrage.

Insgesamt bot die Konferenz einen reichen Einblick in die Fülle relevanter Fragestellungen und empirischer Evidenz. Mindestens ebenso deutlich wurde allerdings, dass eine seriöse, auf eine kritische Bandbreite empirischer Untersuchungen stützende afrikanische Parteienforschung erst am Entstehen ist. Hierzu können verschiedene Disziplinen beitragen, wie die Veranstaltung in Hamburg nachdrücklich zeigte.

(Sandrine Gukelberger)

Erdölststaaten am Golf von Guinea – Wachstumsregion oder Krisenherd? (Berlin, 5. Juni 2003)

Die Kooperationsveranstaltung zwischen Friedrich Ebert-Stiftung und Institut für Afrika-Kunde (IAK) stand im Zeichen des zunehmenden Interesses an afrikanischem Erdöl seit den Ereignissen vom 11. September 2001. Die hohe Medienaufmerksamkeit der vergangenen Monate und die Abhaltung anderer Veranstaltungen durch wirtschafts- und politiknahe Institutionen vor und nach der FES/IAK-Tagung lassen keinen Zweifel daran, dass die Thematik auch in naher Zukunft kaum an Bedeutung verlieren wird.

Zu Beginn verwies Friedemann Müller (SWP, Berlin) auf einige Fakten. Nach gegenwärtigem Wissensstand befinden sich 7,3% der Weltölvorräte in Afrika. Langfristig gesehen erwartet man eine Positionierung des Kontinents an zweiter Stelle des Weltölmärktes nach dem Mittleren Osten. Unter den westafrikanischen Staaten steht Nigeria mit mehr als über 50% der gesamten Produktion an der Spitze, gefolgt von Angola. Eine bedeutende Ausweitung der Produktion wird vor allem in Äquatorial-Guinea und im Tschad erwartet. Die Exportstruktur Westafrikas ist stark differenziert: 43% des Erdöls fließen in die USA, 26% nach Ost- und Südasiens und 22% nach Europa. Von erheblichem Interesse ist dennoch der hohe Anteil, der bereits jetzt in die USA exportiert wird.

Sowohl der Kampf gegen den Terrorismus als auch der Irak-Krieg haben den Wert westafrikanischen Erdöls auf dem internationalen Markt beträchtlich erhöht. Vor allem zeigen die

USA mit ihrer Politik der Diversifizierung mehr geopolitisches Interesse am Wachstumspotential dieser Region als Europa. Allerdings erwiesen sich laut Daniel Bach (Centre d'étude d'Afrique noire; Bordeaux) Rohstoffe wie Erdöl bisher eher als Handikap für Afrika, da die Erdölerndite für die Aufrechterhaltung auch zweifelhafter Regime genutzt werde und in die Taschen einiger weniger Akteure fließe. In diesem Zusammenhang betonte Matthias Basedau (IAK), dass sich Teile Subsahara-Afrikas einerseits durch Ölfreichtum und andererseits durch Mangel an Demokratie und Menschenrechten auszeichne. Erdölfreichtum führe in der Regel nicht zu nachhaltiger sozioökonomischer Entwicklung, wenngleich dies auch nicht grundsätzlich ausgeschlossen werden könne. Die meisten Erdölförderländer im subsaharischen Afrika gehören nach gängiger Klassifikation zu den Ländern niedrigen Einkommens (LIC). Zudem erläuterte Jean-Pierre Favennec (Institut français du pétrole, Paris) die Gefahren einer „Dutch Disease“ für die Erdöl produzierenden Länder Afrikas (sehr sichtbar z.B. in Gabun). Eine solche Entwicklung zeichnet sich dadurch aus, dass die Volkswirtschaft trotz oder vielmehr wegen des Booms in einem Sektor in ihrer Gesamtheit keinen Aufschwung erfährt, dass die notwendige Technologie importiert wird sowie kein Know-how-Transfer bei geringem Beschäftigungseffekt stattfindet. Des Weiteren verändert sich aufgrund ausbleibender Modernisierung das Werte- und Normensystem nicht im Sinne ‚westlich geprägter Demokratien‘. Dies bestätigte Heinrich Bergstresser (Deutsche Welle, Köln) im Hinblick auf Nigeria, wo Korruption und Renteneinkommen mittlerweile gesellschaftliche akzeptierte Phänomene sind. Sie wurden von übertriebenen Erwartungen, die durch den Ölboom hervorgerufen wurden, verstärkt. Erdölfreichtum kann außerdem im Extremfall gewaltsame Konflikte verursachen, sehr viel leichter aber zumindest verschärfen oder verlängern. Als Beispiel führte Douglas Yates (American University, Paris) das vor seinem Abschluss stehende Pipeline-Projekt Tschad-Kamerun an. Für den Bau der 1070 km langen Pipeline vom Süden des Tschad zur kamerunischen Küste seien 1997-1998 im Auftrag der tschadischen Regierung Hunderte von Zivilisten eliminiert worden, um die Bauzone zu „pazifizieren“. Die radikale und kontroverse Schlussfolgerung des Referenten war, es sei besser, die Ölförderungen vorerst stillzulegen, da die betroffenen Staaten für die Verwaltung von Erdöl unter demokratischen Voraussetzungen zu schwach seien. Dagegen forderte Landu Kama (Mitglied der Task Force der NRO-Koalition „Jubileo 2000“) für Angola, den Mangel an *good governance* und an Transparenz der Erdöleinnahmen durch gesellschaftliche/politische Reformen anzugehen. Dabei betonte er die Rolle der Zivilgesellschaft, deren Teilnahme an dieser Reformpolitik und Zusammenarbeit mit allen Organisationen, die an der „Publish What You Pay“- (PWYP) Kampagne mitwirken, unabdingbar sei. So hat sich beispielsweise die NRO Transparency International (TI) dieser Kampagne angeschlossen, um sich laut Muzong W. Kodi (TI, Berlin) für die obligatorische Offenlegung der Öleinnahmen zu engagieren und widersetzt sich damit dem Grundsatz der Freiwilligkeit, der unter anderem auf dem G8-Gipfeltreffen in Evian nochmals betont wurde.

Karl Prinz (Auswärtiges Amt, Berlin) und Heinrich Lehne (BMZ, Berlin) teilten auf der abschließenden Paneldiskussion die Meinung, dass die Fehler aus der Vergangenheit zukünftig nicht notwendigerweise wiederholt werden müssten. Ihre zukünftige Entwicklung und die der gesamten Region seien von vielen innen- und außenpolitischen Einwirkungen abhängig und

daher nicht unabänderlich. Dominic Johnson (die Tageszeitung, Berlin) und Daniel Bach (Bordeaux) zeigten sich weniger optimistisch.

Insgesamt bot die Tagung eine differenzierte Sicht auf Chancen und Risiken des neuen Erdölsegens: Es gibt Möglichkeiten, die Kontrollen von Erdölentnahmen und ökologischer sowie sozialer Schäden zu verbessern; gleichzeitig sind diese dringend geboten, um eine bereits gefährdete Region nicht weiter in Mitleidenschaft zu ziehen. Auf Erdöl allein lässt sich keine Zukunft aufbauen.

(Sandrine Gukelberger)